



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0896890

P/XIII/225 - 3. Oktober 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Innerdeutsche Regelungen Von Dr. Dr. Gustav Heinemann, MdB	59
3	Labour stößt vor Ein bedeutsamer Beschluß der kritischen Arbeiterpartei	50
4	Rückschlag Zur Wiederaufnahme der sowjetischen Kernwaffenversuche	52
5	Ein Konsul wurde suspendiert Kennt das AA nicht die Vergangenheit seiner Beamten?	35
6	Ein neuer Staat in Afrika Aus Französisch-Guinea wird die Republik Guinea	47

* * * * *
* * *

Innerdeutsche Regelungen

Von Dr. Dr. Gustav Heinemann, MdB

Im Rahmen der Berliner Bundestagsaussprache über das Flüchtlingsproblem hat die SPD einen Antrag angekündigt, der auf die Errichtung eines "Amt für innerdeutsche Regelungen" abzielt. Dieser Vorschlag soll über einen toten Punkt hinweghelfen, der darin besteht, daß auch wir Deutsche selbst etwas zur Besserung der Gegebenheiten tun müssen, es aber von Regierung zu Regierung in Bonn und Ostberlin nicht tun können und mit privaten Bemühungen nichts ausrichten. Das vorgeschlagene Amt würde der Eigenartigkeit unserer Lage entsprechen und in einer ebenso eigenartigen Organisation die Aufgabenstellungen besprechen wollen.

Es ist in der Tat so, wie Bundesminister Lemmer es ausdrückt: "Wenn es um das Wohl der Bevölkerung auf beiden Seiten der Zonengrenze geht, dürfen wir angesichts der tragischen Lage in Mitteleuropa nicht Maßstäbe anlegen, die in normalen Zeiten sicherlich richtig sind, die aber in außerordentlichen Zeiten, wie wir sie heute nun einmal erleben, versagen müssen."

Zu den Aufgaben des Amtes soll die Zusammenfassung aller derjenigen Bundesstellen gehören, die sich bisher schon mit innerdeutschen Regelungen im Interzonenhandel, Verkehr, Postwesen, der Justiz usw. befaßt haben. In dieser Hinsicht würde das Amt der Bundesregierung völlig unterstehen müssen und nach deren Weisungen zu handeln haben.

Darüber hinaus ist dem Amt aber die Aufgabe zugedacht, mit allen beteiligten Stellen und Personen - also auch in Ostberlin - innerdeutsche Fragen jeder Art zu erörtern, Meinungsverschiedenheiten abzuklären und Regelungen vorzubereiten oder Vorschläge dazu zu machen.

An dieser Stelle liegt begrifflicherweise das eigentlich Politische des Vorschlags. Es wäre aber zu billig, daraus die so viel beredete "Anerkennung" der ostberliner Regierung herzuleiten. An dieser selben Stelle des Vorschlages setzt nämlich auch die "Eigen-

3. Oktober 1958

art der Organisation des Amtes" ein. Das Amt soll durch einen dreiköpfigen Vorstand repräsentiert werden, dessen Mitglieder nicht nur überparteilich und darum auf eine besondere Weise zu bestellen wären, sondern bezüglich der Gesprächsführung mit ostberliner Stellen keiner Weisung der Bundesregierung unterstehen sollen, also auch die Bundesregierung nicht engagieren würden.

Das Amt oder dessen Vorstand wären keine Privatpersonen, aber in dem letztgenannten Aufgabenkreis auch keine Bonner Regierungsorgane. Das Amt wäre l e g i t i m i e r t, den innerdeutschen Fragen mit ihren Bedrängnissen für die Menschen hüben und drüben nachzugehen mit dem Ziel, Verbesserungsmöglichkeiten aufzuspüren. Aber es wäre nicht b e v o l l m ä c h t i g t, Vereinbarungen zu schließen. In dieser letzten Hinsicht soll die Entscheidungsfreiheit von Bundesregierung und Bundestag unberührt bleiben.

Das Amt wäre, wenn man so will, ein Parlamentär im innerdeutschen Niemandsland, aber kein eigenständiger Sachgestaltor neben der Bundesregierung. Ob das ein Mangel wäre, mag dahinstehen. Auf jeden Fall wäre es ein Vorzug, ein Instrument zu haben, das aus vielen Unklarheiten herauszuführen und praktische Verbesserungen im Nebeneinander der beiden deutschen Teile aufzuspüren vermöchte.

Sicherlich wird der Vorschlag den moralischen Maßstäben von Bürokratie oder politischer Apparatur nicht gerecht. Aber wo in aller Welt gibt es eine ähnliche Lage, wie in Deutschland?

Der Bundestag hat in Berlin an unser aller Verpflichtung erinnert, der deutschen Einheit den Weg zu bereiten. Er hat den provisorischen Charakter der Bundesrepublik unterstrichen. Dementsprechend darf und muß die Bundesrepublik für außergewöhnliche Bemühungen offen sein, die uns einen Schritt vorwärts bringen können.

+ + +

Labour stößt vor

sp - Auf dem Jahreskongreß der britischen Labour-Party wurde am Donnerstag ein bedeutsamer außenpolitischer Vorstoß unternommen. Die Partei fordert für Mitteleuropa eine Politik der Entspannung durch den allmählichen Abzug aller ausländischen Truppen aus Ost- und Westdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn. Die Wiedervereinigung Deutschlands soll in einer von den vier Siegermächten garantierten Vereinbarung auf der Grundlage freier Wahlen erreicht werden, wobei die Methoden zwischen den Deutschen selbst festgelegt werden sollen. Im Rahmen dieser Zielsetzung fordert die Labour-Party den Austritt der mitteleuropäischen Länder aus der NATO und dem Warschauer Pakt, sowie den Abschluß eines europäischen Sicherheitsvertrages.

Mit diesem Beschluß des Labour-Parteitagcs sind zwei Legenden zerstört worden: 1.) Die von Adenauer immer wieder in Umlauf gesetzte Legende, die Deutsche Sozialdemokratie stehe in der Sozialistischen Internationale mit ihren außenpolitischen Forderungen allein und 2.) die ebenfalls von der Bundesregierung ständig wiederholte und trotzdem falsche Behauptung, niemand denke ernsthaft daran, das Gefüge der Militärblöcke aufzulockern oder gar den Rapacki-Plan zu einem Diskussionsgegenstand über die notwendige Entspannung in Europa zu machen.

In dem Beschluß der Labour-Party sind alle jene Gedanken enthalten, die von der Deutschen Sozialdemokratie seit Jahr und Tag als Ansatzpunkte für erfolgversprechende Verhandlungen über die Lösung des Deutschlandproblems und damit die Entspannung in Europa genannt werden. Der Labour-Beschluß enthält zwar nicht ausdrücklich einen Hinweis auf den Rapacki-Plan, (atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa) er basiert aber auf der Grundlage jener Vorschläge des polnischen Außenministers, die bisher von den Regierungen der Staaten des westlichen Militärblocks abgelehnt wurden.

Aus diesem Grunde darf der Beschluß des Labour-Parteitagcs als der Auftakt zu neuen politischen Entwicklungen in Europa bezeichnet werden. Es ist kein Zufall, daß am gleichen Tage, an dem dieser Beschluß gefaßt wurde, auch der norwegische Ministerpräsident Gerhardsen zum Abschluß seines Besuches beim jugoslawischen Staatschef Tito auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und Norwegen hingewiesen hat. Vor Gerhardsen waren die Staatschefs der anderen skandinavischen Staaten ebenfalls bei Tito. Wie verlautet, sollen zwischen Tito und den skandinavischen Ministerpräsidenten u.a. auch jene Probleme erörtert worden sein, die sich auf dem Labour-Parteitag jetzt zu dem geschlossenen Beschluß verdichtet haben.

Die britische Labour-Party befindet sich zwar heute noch in der Opposition. Sie gilt aber als die Regierungspartei Großbritanniens von morgen. Schon jetzt ist ihr Druck auf die Außenpolitik der konservativen Regierung beachtlich. Man darf also damit rechnen, daß die Ideen Labours in kürzester Frist und schon vor den Wahlen in der britischen Außenpolitik ihren Niederschlag finden werden.

Rückschlag

sp - Als die Sowjetunion am 31. März dieses Jahres einer überraschten Welt ankündigte, sie stelle von sich aus alle Kernwaffenversuche ein, verband sie dies mit der einschränkenden Bemerkung, sie werde die Versuche wieder aufnehmen, wenn die Westmächte ihrerseits auf die Fortführung der nuklearen Explosionen bestehen sollten. Man weiß heute, daß der sowjetische Beschluß in den obersten Gremien heftig umstritten war und nur durch ein Machtwort Caruschtschows zustande kam. Die Militärs und die Verfechter eines harten Kurses befürchteten von einer einseitigen Einstellung der Versuchsexplosionen eine militärische Schwächung der Sowjetunion. Nach heftigen Diskussionen setzten sich die Befürworter der Einstellung von weiteren Atombombenversuchen durch, erfüllt von der Hoffnung, dadurch einen moralischen Druck auf die widerstrebenden Westmächte auszuüben und in der übrigen Welt einen gewaltigen Propagandaerfolg zu erzielen.

Nur zum Teil ging diese Rechnung auf. Die Westmächte setzten unbekümmert ihre Kernwaffenversuche fort; zuerst die Amerikaner und dann die Briten. Frankreich ließ von Anfang an seine Absicht deutlich werden, sich nicht an Vereinbarungen zu halten, die zwischen der Sowjetunion, Großbritannien, den Vereinigten Staaten über eine mögliche Begrenzung des Waptrüstens in atomaren Waffen getroffen werden. Es hat den Ehrgeiz, in den Club der Atomkräfte einzutreten.

Die Westmächte begründeten die Fortführung ihrer Kernwaffenversuche damit, sie wollten militärisch im Vergleich zur Sowjetunion nicht in Verzug geraten. Bevor man überhaupt in Verhandlungen mit der Sowjetunion eintrete, müsse das militärische Übergewicht auf westlicher Seite gesichert sein. Dieses Argument war geradezu eine Aufforderung an die Sowjetunion, nun ihrerseits die Kernwaffenversuche wieder aufzunehmen, wobei es dahingestellt bleiben möge, ob diese Wiederaufnahme auf einen starken Druck der auf einen harten Kurs eingeschworenen sowjetischen Militärs zurückzuführen ist.

Ist dies die Einleitung zu einem verstärktem Waptrüsten mit furchtbaren Vernichtungswaffen, ist dies das Ende aller Hoffnung, den atomaren Todeslauf zu stoppen? Die Atompilze über den Eiswüsten des Nordpols zeigen den Grad der Gefährdung an, der wir alle ausgesetzt sind. Die Mächte dieser Welt lassen sich mehr von Prestigegegründen als von Geboten der politischen Vernunft leiten. Die Sowjetunion hat wieder viel von dem moralischen Terrain verloren, das sie durch ihren mutigen Schritt vom 31. März dieses Jahres gewonnen hat. Militärisch gesehen ist die Fortführung von nuklearen Versuchsexplosionen und die Ausprobierung immer neuer Waffen sinnlos, denn der bestehende Bestand an A- und H-Bomben-Waffen reicht aus, um die ganze Menschheit zu vernichten und unseren Erdball in eine Wüste zu verwandeln. Keine Seite kann hoffen, der anderen Seite auf diesem Gebiet überlegen zu sein.

Vielleicht wird diese Erkenntnis doch noch Moskau, London und Großbritannien bewegen, die für Ende Oktober dieses Jahres vorgesehene Konferenz über die Einstellung der Atomwaffenversuche mit entsprechender Kontrolle durchzuführen. Und zwar so durchzuführen, daß sie nicht zu einer rein propagandistischen Schau entartet. Wissenschaftler von Ost und West haben die Möglichkeit einer wirksamen Kontrolle bewiesen. Wer sich ihr nun widersetzt oder auf der Fortführung dieser die ganze Menschheit in Gefahr bringenden Atomwaffenversuche beharrt, macht sich mitschuldig an grenzenlosen Verbrechen.

Ein Konsul wurde suspendiert

sp - Der Konsul Hans von Saucken ist von seinem Posten in New York abberufen worden. Er soll einem Dritten gegenüber den sehr bekannten und geschätzten UKC-Korrespondenten Max Beer als "Dreckjuden" bezeichnet haben. Auch wenn der Konsul dies abstreitet, glaubt das Auswärtige Amt, vieles spräche dafür, daß eine solche Bemerkung gefallen sei und zog daher die notwendigen Konsequenzen.

Wenn hin und wieder ein Beamter des Auswärtigen Amtes auf diese Weise ausrutscht, dann erhebt sich unwillkürlich die Frage, ob man sich denn nicht vorher die Vergangenheit gerade der Leute etwas näher angesehen hat, die jetzt die Deutsche Bundesrepublik im Ausland vertreten. Würde man dieses immer und sorgfältig tun, dann würde man zweifellos auf einen großen Teil von ehemaligen Ribbentrop-Beamteten verzichten müssen, andererseits aber die Gewähr haben, daß auch das Ausland die Überzeugung gewinnt, die Bundesrepublik meine es mit dem Bekenntnis zur Demokratie wirklich ernst.

Hans von Saucken ist 1922 in das Auswärtige Amt eingetreten. Es dauerte lange, ehe er offiziell ernannt werden konnte. Doch der Zeitpunkt seiner Ernennung fiel zusammen mit seinem Eintritt in die NSDAP. Ist dies ein Zufall? Obwohl bis zum Jahre 1937 eine Mitgliedersperre bestand, wurde Hans von Saucken im Jahre 1936 PG, was darauf schließen läßt, daß er die Ausnahmeregel beanspruchen konnte, welche eine Aufnahme in die NSDAP, z.B. für fördernde Mitglieder der SS und andere besonders wichtige Gruppen, vorsah. Wäre es nicht notwendig gewesen, einen solchen Mann strenger unter die Lupe zu nehmen, bevor man ihn nach einem so wichtigen Generalkonsulat wie dem in New York entsendet?

Antisemitische Äußerungen bei Bierabenden, im Auswärtigen Amt und anderen Ministerien und dann, wenn man sich im Kreise der "Alten" sicher fühlt, sind leider keine Seltenheit. Hier ist nun einmal einer gestolpert, weil ein Dritter die Äußerung zu hören bekam. Es wäre vielleicht an der Zeit, daß 13 Jahre nach der Kapitulation die Personalabteilung des Auswärtigen Amtes einen strengeren Maßstab über die vorhandene demokratische Gesinnung in ihrem Amt anlegt, als das bisher der Fall war. Wenn dies versäumt wird, könnte die ohnehin dünne Schicht der Sympathie für gewisse Strömungen der Bundesrepublik im demokratischen Ausland sich schnell wieder ins Gegenteil verkehren.

Ein neuer Staat in Afrika

HED - Am 28. September stimmten die Einwohner der französischen Kolonie Guinea in Westafrika mit überwältigender Mehrheit gegen die neue Verfassung Frankreichs und der Französischen Union. Mit diesem Votum endeten die staatsrechtlichen Beziehungen zwischen Paris und Conakry.

Zum ersten Mal in der Geschichte des französischen Kolonialreiches im schwarzen Afrika hat sich ein Teil für unabhängig erklärt. Die Bedeutung dieses Schrittes ist noch nicht in seiner Gesamtheit abzusehen. Aber schon jetzt läßt sich sagen, daß das Beispiel Guineas nicht ohne Folgen für die Entwicklung der anderen west- und äquatorialafrikanischen Gliedstaaten der neuen französischen Union bleiben wird. Zwar hat sich die Bevölkerung in Senegal, in Dahomé oder im Französisch-Kongo in ihrer Mehrheit für einen Verbleib in der Französischen Union ausgesprochen, jedoch wäre es veressen, daraus einen Dauerwillen ableiten zu wollen. Die Woge des nationalen Bewußtseins und der sozialen Aspirationen, die zur Stunde in der ganzen Welt, besonders aber in Afrika, gegen die letzten Überbleibsel des europäischen Kolonialismus in allen seinen Abstufungen anbrandet, wird letzten Endes auch nicht vor den politischen und staatsrechtlichen Konstruktionen der Planer in Paris haltmachen. Somit läßt sich zweifelsohne die Behauptung wagen, daß die Absage von Guinea nicht eine "Absurdität" darstellt, sondern im Gegenteil der Beginn eines gewaltigen Auflösungsprozesses ist, der die französischen Besitzungen in Afrika erfaßt hat.

Guinea, der neue Staat, ist etwa halb so groß wie Frankreich und hat eine Bevölkerung von zwei Millionen. Er gehört zu den reichsten Ländern Afrikas, und die zum größten Teil noch unerschlossenen Metallvorkommen sind ein großzügiges Versprechen für die Zukunft dieses Landes. Natürlich darf nicht unerwähnt bleiben, daß die wirtschaftliche Umstellung von einem Teilstaat Frankreichs zu einem unabhängigen Gemeinwesen nicht ohne Schwierigkeiten von statten gehen wird. Die Regierung de Gaulle hat in ziemlich trücker Weise die wirtschaftlichen Zuwendungen an Guinea gesperrt. Man sollte hoffen, daß dieser Schritt nur aus einer ersten Verärgerung über das Votum zu erklären ist, nicht aber aus einer politischen Grundhaltung heraus. Sollte das letztere aber der Fall sein, so hat Paris nichts aus der Vergangenheit gelernt, besonders aber nicht aus vernünftigen Beispielen, die Großbritannien in ähnlichen Fällen gegeben hat.

Man darf gewiß sein, daß der neue Staat Guinea nicht an inneren wirtschaftlichen Schwierigkeiten während der Übergangsperiode zugrunde gehen wird, da wahrscheinlich die USA und andere westliche Länder sich zu Hilfsmaßnahmen bereitfinden würden und müßten, sollte Paris auf seinem starren "Nein" beharren. In jedem Falle aber ist die neue Republik Guinea ein Beispiel für die Entschlossenheit afrikanischer Bevölkerungen, den Weg der Freiheit zu wählen, auch wenn wirtschaftliche Opfer gefordert werden müssen. Das ist das wesentliche Merkmal des Abstimmungsergebnisses von Guinea.

+ + +